

Geschäftsnummer:  
4 O 562/05  
Ru.



Verkündet am:  
22. Januar 2007

*Schmidt*  
Schmidt, JAng.e  
als Urkundsbeamtin  
der Geschäftsstelle

**Landgericht Ulm**  
4. Zivilkammer  
**Im Namen des Volkes**  
**Urteil**

In dem Rechtsstreit

1. **Dr. med. Thomas Metzler**  
Sedanstr. 10, 89077 Ulm
2. **Dr. med. Christoph Richtmann**  
Sedanstr. 10, 89077 Ulm

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte zu 1 und 2:  
Rechtsanwältin Kistner-Burger,  
Kriegstr. 181, 76135 Karlsruhe

**gegen**

**Klaus Annen**  
Cestarostr. 2, 69469 Weinheim

- Beklagter -

Prozessbevollmächtigter:  
Rechtsanwalt Lennartz,  
Ursulinenstr. 19, 53879 Euskirchen (2006/00004)

**wegen** Unterlassung.

Eingegangen

25. JAN 2007

Re

12

Die 4. Zivilkammer des Landgerichts Ulm hat auf die mündliche Verhandlung vom 18. Dezember 2006 unter Mitwirkung von

Vors. Richterin am Landgericht Bauer  
Richter am Landgericht Schmitt  
Richterin am Landgericht Thonhofer

für **Recht** erkannt:

1. Der Beklagte wird verurteilt, es zu unterlassen, Flugblätter im unmittelbaren räumlichen Umkreis der Gemeinschaftspraxis 89077 Ulm, Sedanstraße 10, zu verteilen oder in die Briefkästen der Nachbarn zu werfen, in denen die Kläger namentlich benannt werden mit dem Hinweis, dass in ihrer Praxis Abtreibungen durchgeführt werden, welche als rechtswidrig bezeichnet werden.
2. Der Beklagte wird verurteilt, es zu unterlassen, den Namen und die Adresse der Kläger in seiner Auflistung der „Abtreibungsärzte“ im Internet unter „www.babycaust.de“ zu führen.
3. Dem Beklagten wird angedroht, dass für jeden Fall der Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld bis zur Höhe von € 250.000,00 oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten gegen ihn festgesetzt wird.
4. Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.
5. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110% des beizutreibenden Betrages vorläufig vollstreckbar.

Streitwert: 40.000,-- € (je Kläger 20.000,-- €)

**Tatbestand:**

Die Kläger machen Unterlassungsansprüche gegen den Beklagten geltend.

Die Kläger betreiben als BGB-Gesellschaft eine Tagesklinik in der Sedanstraße 10 in Ulm, in der sie ausschließlich als Anästhesisten tätig sind und anderen Ärzten Operationsräume zur Verfügung stellen. In dieser Klinik werden durch zugelassene Gynäkologen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Der Beklagte hat in den Jahren 2003 bis 2005 mehrfach im Bereich Sedanstraße in Ulm und in der Innenstadt Ulm, insbesondere am Münsterplatz, Flugblätter an Passanten, insbesondere Frauen, verteilt oder verteilen lassen. Am 17. und 18. Juli 2005 verteilte der Beklagte im unmittelbaren Umkreis der Gemeinschaftspraxis Flugblätter, die er in der Nacht vom 17. auf den 18. Juli auch in alle Briefkästen in der Nachbarschaft warf, die auf dem Deckblatt folgenden Text enthielten:

„In der  
**Tagesklinik**  
**Dr. Metzler/Dr. Richtmann**  
Sedanstraße 10  
**89077 Ulm**  
werden  
**rechtswidrige**  
**Abtreibungen**  
durchgeführt,  
die aber  
der deutsche Gesetzgeber erlaubt und nicht unter Strafe stellt.  
Der Beratungsschein schützt  
„Arzt“ und Mutter vor Strafverfolgung, aber nicht vor der  
Verantwortung vor Gott!“

Auf der linken Seite des ungefalteten Deckblattes, bei Faltung auf der Rückseite befindet sich folgender durch einen Kasten hervorgehobener Text:



„Die Ermordung der Menschen in Auschwitz war rechtswidrig, aber der moralisch verkommene NS-Staat hatte den Mord an den unschuldigen Menschen erlaubt und nicht unter Strafe gestellt“.

Unter diesem Kasten befindet sich weiterhin der Hinweis auf eine Website „www.babycaust.de“, die u.a. eine Adressenliste nach Wohnorten geordnet von „Abtreibungsärzten“ enthält, die u.a. auch die Ulmer Tagesklinik und namentlich die Kläger nennt.

Die Kläger tragen vor,

ihre Nennung in den Flugblättern sowie auf der Website verletze sie in ihrer Ehre und setze ihr persönliches Ansehen sowie das öffentliche Ansehen der von ihnen betriebenen Tagesklinik erheblich herab. Es würde dadurch der Eindruck erweckt, dass bei den in ihrer Tagesklinik vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen die gesetzlichen Bestimmungen der §§ 218 ff StGB nicht eingehalten würden. Die Behauptung, dass in der Tagesklinik durchgeführte Eingriffe rechtswidrig seien, sei falsch, daher nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt, im übrigen seien die Flugblätter beleidigend und dienten ihrer gezielten Herabsetzung und der der von ihnen geführten Tagesklinik. Die durch die Flugblätter erzielte Prangerwirkung sei durch die Meinungsfreiheit des Beklagten nicht gedeckt, ebenso wenig die individuelle Nennung einzelner Ärzte auf der Internetseite „babycaust.de“. Die gegen ihren Willen betriebene Adressenliste verletze die Verbotsnormen des BDSG, das informationelle Selbstbestimmungsrecht, ferner ihr Persönlichkeitsrecht und die in §§ 185, 186 StGB geschützten Rechtsgüter im Sinne von § 823 Abs. 2 BGB, ferner verstoße sie gegen § 219 a Abs. 1 Nr.1 Alternative 1 StGB.

Die Kläger beantragen,

wie aus Ziff. 1 bis 3 des Tenors ersichtlich ist.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Beklagte trägt vor,

die Klage sei unzulässig, da die Kläger durch eine nicht postulationsfähige Strafrechtsprofessorin vertreten seien, Frau Rechtsanwältin Kistner-Burger nur vorgeschoben sei. Der Klagantrag zu Ziff. 1 sei unzulässig, da der Beklagte auf dem Flugblatt einen anderen Hinweis gegeben habe, als derjenige, der in diesem Antrag erscheint, nämlich, dass in der Tagesklinik Dr. Metzler/Dr. Richtmann Sedanstraße 10, 89077 Ulm, rechtswidrige Abtreibungen durchgeführt werden, die aber der deutsche Gesetzgeber erlaube und nicht unter Strafe stelle. Der Relativsatz sei Teil der Gesamtaussage und dürfe vom Hauptsatz nicht getrennt werden. Die Klage sei auch unbegründet. Zu den Schwangerschaftsabbrüchen, die in der Klinik der Kläger durchgeführt würden, gehörten auch solche, die nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts rechtswidrig seien, nämlich die, die nach ärztlicher Beratung innerhalb der 12-Wochenfrist des § 218 a Abs. 1 StGB vorgenommen werden. Wenn er hierauf hinweise, stelle er eine wahre Tatsachenbehauptung auf. Wenn er Kritik in einem Punkt übe, der die Sozialsphäre der Kläger betreffe, handle er im Rahmen der grundsätzlich geschützten Glaubens- und Gewissensfreiheit und der grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit. Sein Angriff richte sich nicht so sehr gegen die Kläger, sondern gegen die vom Bundesverfassungsgericht initiierte derzeitige Gesetzeslage, deren Änderung er für die Ungeborenen verlange, deren Fürsprecher er sei. Auf der Internetseite werde lediglich dazu aufgefordert, für die zu beten, die Abtreibungen selbst vornehmen, an ihnen mitwirkten oder auch nur begünstigen. Nach einer Seite „Gebetsanliegen für Deutschland“ folge erst unter dem Buchstaben „U“ die Anschrift der Kläger.

Wegen er weiteren Einzelheiten wird auf die Schriftsätze der Parteivertreter nebst Anlagen verwiesen.



### Entscheidungsgründe:

#### I.

Die Klage ist zulässig, insbesondere sind die Kläger durch ihre durch Prozessvollmacht ausgewiesene Rechtsanwältin ordnungsgemäß vertreten. Auch begegnet der Klageantrag Ziff. 1 keinen rechtlichen Bedenken. Die Frage, ob eine Verurteilung zur Unterlassung ohne den von dem Beklagten herangezogenen Relativsatz erfolgen kann, ist eine solche der Begründetheit, nicht der Zulässigkeit.

#### II.

Die Klage ist auch begründet.

Den Klägern steht sowohl gegenüber der Verbreitung der Flugblätter, wie im Tenor bezeichnet, als auch der Aufführung auf der Adressenliste in der Internetseite „www.babycast.de“ des Beklagten ein Unterlassungsanspruch gemäß §§ 823, 1004 BGB (analog) zu.

1. Die vom Beklagten aufgestellte Behauptung, in der Tagesklinik der Kläger würden rechtswidrige Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt, stellt in dieser Form eine unwahre Tatsachenbehauptung dar, bei der die Meinungsfreiheit grundsätzlich hinter das Persönlichkeitsrecht zurücktritt und bei der es auch kein legitimes Interesse an einer künftigen Wiederholung einer solchen Behauptung gibt. Der Äußernde kann deshalb zur Unterlassung verurteilt werden, wenn die Gefahr künftiger Wiederholung der unwahren Tatsachenbehauptung besteht (BVerfG 1 BvR 1060/02, 1 BvR 1139/03, bei Juris Randziffer 28). Daran ändert der dann folgende Relativsatz: „die aber der deutsche Gesetzgeber erlaubt und nicht unter Strafe stellt“, nichts. Zwar soll, wenn durch eindeutige Wortwahl verdeutlicht wird, dass die in der Praxis der Kläger vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche nicht strafbar sind, eine Verurteilung zur Unterlassung nicht in Frage kommen (BVerfG 1 BvR 1060/02, 1 BvR 1139/03 bei Juris, Randziffer 26). Eine Verdeutlichung lag dem Beklagten bei der Gestaltung des Flugblattes aber gerade fern, vielmehr wollte er durch die Aufmachung des Flugblattes den Blick und die Aufmerksamkeit der Leser allein auf die rechtswidrige Abtreibungspraxis richten, die in übergroßen Buchstaben und Fettdruck augenfällig gestaltet und so hervorgehoben wurde, während der dann folgende Relativsatz, wonach die Schwangerschaftsabbrüche erlaubt und nicht strafbar sind,



demgegenüber in den Hintergrund treten, nach der Schriftgröße und Schriftart auf den ersten Blick übersehen und somit verschleiert werden sollte. Zudem sollte die Gesamtaussage relativiert werden durch die dann folgende Aussage, der Beratungsschein schütze „Arzt“ und Mutter vor Strafverfolgung, aber nicht vor der Verantwortung vor Gott!, ferner durch die Aussage auf der linken Seite unten des Flugblattes: „Die Ermordung der Menschen in Auschwitz war rechtswidrig, aber der moralisch verkommene NS-Staat hatte den Mord an den unschuldigen Menschen erlaubt und nicht unter Strafe gestellt.

2. In dieser Aussage liegt zugleich auch eine unzulässige Meinungsäußerung, die einen Unterlassungsanspruch gemäß §§ 823 Abs. 1, 1004 BGB analog begründet. Bei der insoweit vorzunehmenden Abwägung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung gegen das Persönlichkeitsrecht der Kläger ist wesentlich darauf abzustellen, ob lediglich eine in der Öffentlichkeit geführte Diskussion über die Straflosigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen im Streit steht, bei der auch polemische oder überspitzte Formulierungen gewählt werden können (BVerfGE 93, 266, 289 f, 306), oder die Rechtmäßigkeit von Äußerungen zu beurteilen ist, die gegen einzelne Personen gerichtet waren und deren Persönlichkeitsrecht beeinträchtigten (BVerfG 1 BvR 1060/02, 1 BvR 1139/03, bei Juris, Randziffer 30). Die Zielrichtung auf eine bestimmte Person ist dabei nicht nur Voraussetzung für die Annahme, dass deren Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird. Die Art und Weise des gegen den Verletzten gerichteten Angriffs kann darüber hinaus bei der Gewichtung der Rechtsverletzung bedeutsam werden, die wiederum die Abwägung der Meinungsfreiheit beeinflusst (BVerfG 1 BvR 1060/02, 1 BvR 1139/03, bei Juris Randziffer 32). In diesem Sinne nimmt die zivilgerichtliche Rechtsprechung eine Prangerwirkung an, wenn ein allgemeines Sachanliegen durch die identifizierende Herausstellung einer Einzelperson und damit durch Personalisierung eines als negativ bewerteten Geschehens verdeutlicht werden soll (BVerfG 1 BvR 1060/02, 1 BvR 1139/03, bei Juris Randnummer 33 mit Hinweis auf BGH VersR 1994, S. 1116, 1118). Anprangernde Wirkungen können von der Verbreitung zutreffender, aber allgemein als negativ bewerteter Tatsachen mit Persönlichkeitsbezug ausgehen, aber auch mit Werturteilen verbunden sein. Die mit einer anprangernden Personalisierung des Angriffs verbundene Wirkungssteigerung der Meinungsäußerung muss der Betroffene nach der Rechtsprechung nur hinnehmen, wenn eine Abwägung mit den Belangen der Meinungsfreiheit ergibt, dass



der Schutz des Persönlichkeitsrechts zurückzutreten hat. Bedeutsam ist dabei etwa, ob dem Betroffenen ein lediglich auf moralischer Ebene verbleibender Vorwurf gemacht wird, oder ob ihm ein strafrechtlich relevantes Verhalten angelastet wird. Auch kann es darauf ankommen, inwieweit der Betroffene konkreten Anlass gegeben hat, ihn aus der Masse derjenigen herauszugreifen - zumindest aus Sicht des Äußernden - die ein vergleichbar beanstandungswürdiges Verhalten gezeigt haben (BVerfG, a.a.O., Randziffer 33 m.w.N.). Von einer solchen nicht gerechtfertigten Prangerwirkung ist vorliegend auszugehen. Das Flugblatt bezieht sich eindeutig auf die Kläger, die mit ihrem vollen Namen und ihrer Adresse genannt werden. Diese werden mit rigorosen Worten kritisiert, Schwangerschaftsabbrüche einerseits mit dem Verbrechen des Mordes gleichgesetzt, ferner eine Parallele zu der Ermordung der Menschen in Auschwitz und damit zum nationalsozialistischen Holocaust gebildet. Die Kläger haben dem Beklagten dabei keinen Anlass gegeben, aus der Gruppe der Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen bzw. sich daran beteiligen, gerade sie herauszustellen und sie gezielt bei Dritten anzuprangern (BVerfG, a.a.O., Randziffer 36). Der anprangernde, äußerst schwerwiegende Vorwurf, den der Beklagte den Klägern somit macht, stellt eine schwere Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts der Kläger dar und ist auch bei Abwägung mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit des Beklagten von diesen nicht hinzunehmen.

3. Entsprechendes gilt für die namentliche Nennung der Kläger auf der Internetseite des Beklagten. Auch dies haben die Kläger nicht zu dulden. Allein die namentliche Erwähnung auf einer „babycaust.de“ benannten Homepage und damit das anprangernde Inverbindungbringen der Kläger als Personen mit einem nach Ansicht des Beklagten dem Holocaust der Nationalsozialisten entsprechenden Verbrechen ist von der Meinungsfreiheit nicht mehr gedeckt und von den Klägern daher nicht hinzunehmen.
4. Die Androhung der Vollstreckung beruht auf § 890 Abs. 1 und Abs. 2 ZPO.



5. Die Kostenentscheidung beruht auf §91 Abs. 1 ZPO; die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit auf § 709 ZPO.



Bauer  
Vors. Richterinnen am Landgericht



Schmitt  
Richter am Landgericht



Thonhofer  
Richterinnen am Landgericht

Ausgefertigt – ~~Berätigt~~  
Ulm, den 24. Jan. 2007  
Urkundsbearbeiter  
der Geschäftsstelle des Landgerichts

